



**Bund  
Naturschutz  
in Bayern e.V.**

## **Bund Naturschutz-Forum 25.11.2006**

### **Einführung von Prof. Dr. Hubert Weiger, Landesvorsitzender**

Anrede

Mit dem „Bund Naturschutz-Forum“ beginnt unser Verband eine neue Veranstaltungsreihe, in der der Bund Naturschutz einmal im Jahr mit ausgewählten Spitzenrepräsentanten aus Politik, Wirtschaft, Kirchen und Verbänden die Diskussion um Zukunftsfragen führen wird.

Ich freue mich, dass mit Ihnen, Herr Dr. Stoiber, erstmals in der Verbandsgeschichte des Bundes Naturschutz in Bayern, der bayerische Ministerpräsident vor den BN-Kreisvorsitzenden, Delegierten, Beiräten und Arbeitskreissprechern nicht nur eine Grundsatzrede zu Natur- und Umweltpolitik halten, sondern sich auch der kritischen Diskussion mit unserer Basis stellen wird. Herzlichen Dank für Ihre Bereitschaft dazu.

Wir wollen das „Bund Naturschutz Forum“ in den nächsten Jahren mit den Fraktionsvorsitzenden der SPD und der Grünen im bayerischen Landtag und den Vorsitzenden des DGB, des BBV, der Bayerischen Wirtschaft und weiteren wichtigen politischen und gesellschaftlichen Vereinigungen fortführen.

Neben der Tagespolitik, in der wir manche Auseinandersetzung mit Beschlüssen und manchmal mit dem Kurs der Staatsregierung führen, sollen heute auch Grundsatzfragen, wie die Verantwortung der heutigen Politik für kommende Generationen angesprochen werden. Im Artikel 141 der Bayerischen Verfassung heißt es: „Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist, auch eingedenk der Verantwortung für die kommenden Generationen, der besonderen Fürsorge jedes einzelnen und der staatlichen Gemeinschaft anvertraut.“

Eine nur auf permanentes, quantitatives wirtschaftliches Wachstum und eine sich weiter steigende Ausbeutung der Ressourcen ausgerichtete Politik ist auf Dauer nicht zukunftsfähig. Deshalb hat Bayern als bedeutendes Industrieland eine besondere Verantwortung für den Klimaschutz, für eine gerechte Verteilung der Güter dieser Erde und bei der Suche nach Auswegen aus dem vermeintlichen Sachzwang, Umweltzerstörung oder Arbeitslosigkeit.

Es ist die gemeinsame Aufgabe von Politik und Verbänden, der Gesellschaft und gerade jungen Menschen Perspektiven aufzuzeigen. Zum Beispiel wie mit einer CO<sub>2</sub>-Reduzierung um 50 Prozent bis zum Jahr 2025 bei uns in Deutschland dem Klimawandel durch Einsatz intelligenter, vorhandener Energieeffizienztechnik, Wärmedämmung, durch eine insgesamt Ressourcen schonendere Energie-, Verkehrs- und Wirt-

Landesverband Bayern  
des Bundes für Umwelt-  
und Naturschutz  
Deutschland e.V.

**Prof. Dr. Hubert Weiger  
1. Vorsitzender**

Bauernfeindstr. 23  
90471 Nürnberg  
Tel. 09 11/81 87 8-10  
Fax 09 11/86 95 68

hubert.weiger  
@bund-naturschutz.de  
www.bund-naturschutz.de

schaftspolitik aber auch durch Verzicht z.B. auf Billigstflüge oder unnötige Autofahrten begegnet werden kann.

Dem Bund Naturschutz als unabhängigen und nur dem Gemeinwohl anstatt kurzfristigen Wirtschaftsinteressen verpflichtetem Verband mit knapp 170.000 Mitgliedern in rund 800 Untergliederungen kommt dabei eine wichtige Aufgabe zu, der wir uns engagiert annehmen.

Bayern ist in einigen Feldern des Naturschutzes, gerade auch im Vergleich zu anderen Bundesländern, „vorn“: Sei es bei den vom Bund Naturschutz initiierten Nationalparks Berchtesgadener Land und Bayerischer Wald, wo wir Ihnen, Herr Ministerpräsident, für die klare Position der Staatsregierung zur Sicherung des 75%-Ziels der Ausweisung von Naturzonen auch im Erweiterungsgebiet danken. Auch bei der Ausweisung von Naturschutzgebieten, der in der Regel engagierte ehrenamtliche Arbeit vor Ort vorausging, kann Bayern einiges vorweisen. Manchen Erfolgen, z.B. bei der Mülltrennung - auch dort ist Bayern mit an der Spitze - gingen Volksbegehren, in diesem Fall „Das bessere Müllkonzept“, voraus. Nicht zuletzt der Bund Naturschutz und viele vom BN getragene und initiierte Bürgerinitiativen haben dabei unsere bayerische Heimat, den Staat, die Kommunen und den Steuerzahler vor Fehlinvestitionen für sieben Müllverbrennungsanlagen in Milliardenhöhe bewahrt.

Auch die Diskussion um das Waldsterben hat zur technischen Innovation geführt: Mit der Durchsetzung der Großfeuerungsanlagenverordnung konnte eine Schwefelreduktion um 90 Prozent erreicht werden, die bayerische Luft wurde gesünder, die Tanne hat als Baumart wieder eine Chance bekommen und nicht zuletzt hat Deutschland mit Rauchreinigungstechnik Exportmärkte erschlossen. Und wenn im Jahr 2005 allein in Bayern ein Viertel der Weltphotovoltaikproduktion, das heißt mehr als in Japan oder in den USA, ans Netz ging, dann dank des Engagements von immer mehr Bürgern für den Umweltschutz, dank der Solarinitiativen und auch des BN und dank richtiger Rahmensetzung der rot-grünen Bundesregierung. Für die kommenden Generationen ist diese Weltmeisterschaft wichtiger als ein Fußballweltmeistertitel.

Der kritische und kontroverse Diskurs, den wir, sicher nicht immer angenehm für die Staatsregierung, führen, war und ist damit letztlich zum Wohle Bayerns. Für die Ziele wie der Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, der Verbesserung der Lebens- und Gesundheitsqualität in Bayern, die auch Bedingung für zukunftsfähiges Wirtschaften und Arbeitsplätze ist, setzt sich der Bund Naturschutz die Aufgabe, sich für einen grundlegenden Richtungswechsel in unserer Umwelt- und Wirtschaftspolitik einzusetzen.

Dabei geht es wie bei den öffentlichen Finanzen um Generationengerechtigkeit, um Sicherheit, um ethische Verantwortung und wie es der ehemalige Umweltminister und UNO-Umweltchef Klaus Töpfer gesagt hat, die „ökologische Aggression gegenüber den „Ärmsten der Armen“ auf dieser Erde zu beenden.

Dazu gehört auch, dass die ebenso inflationär verwendete wie inhaltlose Worthölse von der „Nachhaltigen Entwicklung“ hinterfragt und die Ökologie und damit die Bewahrung unserer Lebensgrundlagen wieder zur Basis sozialer und wirtschaftlicher Entwicklungen gemacht werden. Es gibt kein so genanntes Zieldreieck der Nachhaltigkeit ohne die Basis der Ökologie.

Dazu gehört auch – gerade in Kenntnis der Begrenztheit unserer Erde – dass wir vor dem Irrglauben des unbegrenzten Wachstums warnen.

In einer hoch entwickelten Volkswirtschaft ist es notwendiger denn je darauf hinzuweisen, dass wir mit Wachstum nicht mehr Verteilungs- und Arbeitsmarktprobleme lösen können, weil es die dafür notwendigen Wachstumsraten angesichts weitgehend gesättigter Märkte nicht mehr geben kann. Selbst eine geringe Wachstumsrate von 2 Prozent führt zu einer Verdoppelung des Bruttonettoprodukts in 35 Jahren, also doppelt so viele Autos, Kühlschränke, Fernseher, etc. wie heute. Ist das eine Zukunftsperspektive?

Wir brauchen stattdessen Qualität und Vielfalts-Wachstum, das heißt

- z.B. Wachstum in der Verringerung des Energieverbrauchs durch Vorrang der Schiene oder des ÖPNV vor der Straße und dem Flugverkehr,
- Wachstum in der Revitalisierung der Landschaft,
- Wachstum in der Regionalentwicklung,
- Wachstum im Ökologischen Landbau und
- Wachstum in der Biodiversität.

Und gleichzeitig ist die Verknüpfung von Arbeit und Umwelt, die Förderung öffentlicher Investitionen nur bei Kopplung an arbeitsplatzschaffende Maßnahmen überfällig.

Es ist deshalb heute unsere Aufgabe darauf hinzuweisen, dass gerade angesichts wachsender weltweiter Natur- und Umweltzerstörung, die sich in dem Verlust der Biodiversität und im wachsenden Ressourcenverbrauch genauso dokumentiert, wie in den heute prognostizierten weltweiten und nationalen Folgen des Klimawandels und im wachsenden, globalen Wettbewerb und in der Machtkonzentration bei wenigen Konzernen,

- nicht weniger sondern mehr Naturschutz und Naturhaushaltschutz notwendig ist,
- nicht weniger sondern mehr konsequent umgesetzte Ressourcenschutzgesetze notwendig sind,
- nicht weniger sondern ein effizienterer Staat als Gemeinwohlgarant, und als Träger öffentlicher Güterver- und -entsorgung wie Wasser und Abfall notwendig ist,
- nicht weniger sondern besser und sozial gerechter verteilte Fördergelder notwendig sind.

Auch die Politik der Staatsregierung, wenngleich wir natürlich um die Sachzwänge wissen, entspricht in vielen Bereichen nicht diesen Anforderungen. Mit dem alleinigen Setzen auf unbegrenztes Wirtschaftswachstum, dem Festhalten an der Atomenergie, mit dem Spitzenplatz beim Flächenverbrauch, mit der Forderung nach neuen Autobahnen und Flughäfen oder dem bisherigen Einsatz für Genmanipulation in der Landwirtschaft werden falsche Weichen gestellt und die eigentlichen belastenden Rahmenbedingungen und Subventionen nicht angetastet.

Erfolge im klassischen Artenschutz sind damit nur ein Tropfen auf den heißen Stein auch eingedenk, dass allein die Planungskosten für den Transrapid von 160 Mio. € dem gesamten Naturschutzetat des Umweltministeriums der letzten vier Jahre entsprechen.

Aus Liebe zur bayerischen Heimat ebenso wie aus unserer globalen Verantwortung setzt sich der Bund Naturschutz daher überparteilich und Gemeinwohl orientiert auf vielen politischen Feldern für ein tatsächlich nachhaltiges Wirtschaften ein. In einigen Bereichen, wie beim Bündnis für Energieeinsparung oder beim Bündnis zum Flächensparen gibt es eine gute Zusammenarbeit mit der Staatsregierung. Bei der Gentechnikfreiheit für Natur und Landschaft erkennen wir positive Veränderungen in den Auffassungen der Staatsregierung, beim Ausbau der Donau, um nur zwei große Themen von vielen anzusprechen, warten wir auf ein überfälliges Abrücken von ökonomisch und ökologisch unsinnigen Staustufenplänen.

Wir erwarten von Gesellschaft und Politik auch Respekt gegenüber kritischen Positionen. Gerade wenn unsere ehrenamtlich tätigen Mitglieder vor Ort, den Verfassungsauftrag zum Schutz der Lebensgrundlagen ernst nehmend sich gegen die offiziell beschlossene Politik und gegen Projekte aussprechen. Wenn zum Beispiel eine neue Straße, noch ein Flughafen oder wieder ein neues, übergroßes Gewerbegebiet im Außenbereich genehmigt werden soll.

Ich danke Ihnen für Ihre, den ehrenamtlichen Naturschutz unterstützenden Worte bei der Feier „100 Jahre Naturschutz in Bayern“ im März diesen Jahres, als Sie dafür warben, - ich darf Sie zitieren – „dass eine demokratische Gesellschaft Menschen braucht, die nicht wegsehen, dass es Menschen braucht, die ohne zu fragen, was springt für mich persönlich raus, anpacken und sich ehrenamtlich für die Umwelt engagieren.“ Als BN würden wir uns diese Anerkennung des Ehrenamts und diese Wertschätzung für das Naturschutzengagement nicht nur bei Festreden sondern auch vor Ort und auch bei Abgeordneten Ihrer Regierungsfraktion wünschen!

Ich freue mich mit den vielen BN-Aktiven auf Ihre Ausführungen und eine sicher interessante Diskussion unter Leitung von Christian Schneider, dem langjährigen verantwortlichen Umweltredakteur der Süddeutschen Zeitung, bei dem ich mich ebenfalls für seine Bereitschaft, die Moderation zu übernehmen, herzlich bedanken darf.